

Angelus Eisinger

**„Trockene Realitätspolitik“ – die Wirtschaftspolitik des SMUV in den 50er und 60er Jahren  
zwischen Sozialpartnerschaft, Wirtschaftswachstum und technischem Fortschritt**

*Rote Revue. Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur. Nr. 1 / 1999 (77. Jahrgang), 39-42*

Die 1950er und 1960er Jahre waren für die Schweiz eine Zeit beispielloser wirtschaftlicher Prosperität und raschen sozialen Wandels. Das hohe Wachstum des Bruttonationalprodukts erlaubte weiten Bevölkerungskreisen, nach und nach an den Verlockungen der Konsumgesellschaft teilzuhaben. Das eigene Auto, der Kühlschrank, das Telefon und Ferienreisen waren zu Beginn der 50er Jahre für den grössten Teil der schweizerischen Bevölkerung noch Wunschträume einer angenehmeren Existenz. Bis Ende der 60er Jahre hatte sich dann der allgemeine Lebensstandard erheblich verbessert; die Dinge, die man sich in den 50er Jahren noch erträumt hatte, waren nun für viele realisierbar geworden. Das Glück des bescheidenen Wohlstands zu erlangen, rief aber nach einem erheblichen Mass an sozialer Mobilität. In der abstrakten Welt der Wirtschaftsstatistiken drückte sich dies in kräftigen sektoralen Verschiebungen aus. Die Zahl der in der Landwirtschaft tätigen nahm rapide ab, während der Industriesektor und der Dienstleistungsbereich kontinuierlich expandierten. Die Agglomerationen im Mittelland wuchsen geradezu explosionsartig, während andere Landesteile unter kontinuierlicher Abwanderung zu leiden hatten. Zu tausenden liessen Menschen ihre vertraute ländliche Umgebung hinter sich, um sich in der Anonymität von Neubaugebieten des Mittellandes niederzulassen. Das als Idyll stilisierte ländliche Leben machte dort der Kleinfamilie in der Blockwohnung mit ihrem Traum vom individuellen Aufstieg Platz. Autobahnen, Wasserkraftwerke, Atomdebatte, der Zustrom mehrerer hunderttausend ausländischer Arbeitskräfte waren die augenfälligen Zeichen dafür, dass in der Schweiz in weniger als 20 Jahren vieles anders geworden war.

SMUV wie SGB begrüsst diese Entwicklungen. Wirtschaftswachstum wurde als beste Möglichkeit betrachtet, die materielle Lage der schweizerischen ArbeiterInnenschaft zu verbessern. Diese Konzentration auf ökonomische Belange rechtfertigte sich gerade vor den oft noch recht ärmlichen Lebensbedingungen vieler ArbeiterInnen und ihrer Familien. Die gewerkschaftliche Politik in den 50er und 60er Jahren setzte deshalb entschieden auf die Karte Lohnerhöhung. Mit einigem Erfolg: Die Nominallöhne in der Maschinenindustrie verdoppelten sich von 1952, dem Beginn der eigentlichen Prosperitätsphase, bis Mitte der 60er Jahre – nicht zuletzt auch dank der anhaltend guten Konjunkturlage.

Der SMUV verfolgte dabei eine Politik, die im Geist des Friedensabkommens von 1937 stehen wollte. Man bemühte sich in den Jahren nach dem II. Weltkrieg, das sozialpartnerschaftlich Erreichte abzusichern und die vertragspartnerschaftlichen Beziehungen auf neue Bereiche auszudehnen. Der SMUV verstand sich als „moderne Gewerkschaft“; als solche wollte er die Interessen seiner Basis vertreten, in der Übernahme einer „Ordnungsfunktion“ aber auch eine „volkswirtschaftliche Leistung“ erbringen. Darunter verstand die Verbandsspitze einmal eine Konzentration auf die

Sozialpartnerschaft zur Gestaltung der Verhältnisse in der Maschinenindustrie. Zudem war sie bemüht, in ihrer Politik auf makroökonomische Grössen wie die Inflation oder die Arbeitsmarktlage sowie auf die Konkurrenzfähigkeit der Maschinenindustrie Rücksicht zu nehmen. Man folgte der Maxime: Vertrag soweit wie möglich, Gesetz soweit wie notwendig. In dieser Formulierung barg sich nach SMUV-Präsident Wüthrich Ende der 50er Jahre ein „funktionelles Verhältnis“ zum Staat. Konrad Illg hatte einige Jahre früher gar in der Vertragspolitik einen Bestandteil einer „neuen Gesellschaftslehre“ gesehen: der Staat sollte über seine Konjunkturpolitik nach gängiger keynesianischer Manier gesamtwirtschaftliche Schwankungen bekämpfen, während auf Branchenebene die Verbände eine gestaltende Rolle einnehmen würden. Mit dem Ausbau der Sozialpartnerschaft beabsichtigte man, in direkten Verhandlungen mit Arbeitgebervertretern auf die Verhältnisse in der Maschinenindustrie einzuwirken und so den mit vielen Unwägbarkeiten versehenen Gang über das Gesetz zu vermeiden. Dies verlangte aber, dass die Gewerkschaft effektiv als Repräsentantin der Mehrheit der in Maschinenindustrie Beschäftigten auftreten konnte – was die grossen Anstrengungen im Bereich der Mitgliederwerbung in jenen Jahren erklärt – und in Wahrnehmung ihrer „Ordnungsfunktion“ für stabile, d.h. befriedete Verhältnisse in den Betrieben garantieren konnte.

Die SMUV-Spitze versuchte während der 1950er und 1960er Jahre über unterschiedlichste Massnahmen, die Sozialpartnerschaft besser zu verankern. Dazu zählten u.a. der Ausschluss der PdA-Mitglieder nach dem Ungarnaufstand von 1956 – ein Signal der Vertrauenswürdigkeit gegenüber den Arbeitgebern, der Kampf gegen gesetzliche Normen jenseits von Minimalstandards – zum Beispiel bei der 44-Stunden-Initiative des LdU sowie die Arbeiten der sogenannten paritätischen Produktivitätskommission. All dies erfolgte in der Absicht, die gewerkschaftlichen Mitsprache in der Maschinenindustrie zu stärken und damit auch die Basis für weitere Lohnerhöhungen zu schaffen.

Nach Ansicht der Gewerkschaft bemassen sich die Lohnerhöhungen an der Produktivitätsentwicklung. Dass die Reallohnentwicklung in jenen Jahren doch nicht ganz mit der Produktivitätsentwicklung schritthielt, widerspiegelte die Haltung der SMUV-Führung, kurzfristig mit Lohnforderungen zurückzuhalten, solange sich die Unternehmungen um eine kontinuierliche Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der Maschinenindustrie bemühten. Da nun also Produktivitätssteigerungen vom SMUV als Voraussetzung für Reallohnsteigerungen betrachtet wurden, waren erstere von unmittelbarem gewerkschaftlichen Interesse. Man bemühte sich deshalb in verbandsinternen Aufklärungskampagnen für Verständnis gegenüber Rationalisierungsmassnahmen, Arbeits- und Zeitstudien zu werben, die zu Beginn der 50er Jahre noch verschiedentlich zu Protesten und Unmutsbekundungen in den Betrieben geführt hatten. In der paritätischen Produktivitätskommission (1956-1965) beabsichtigte der SMUV auf höchster Verbandesebene gemeinsam mit dem Arbeitgeberverband, technische und organisatorische Fragen anzugehen – was aber von Arbeitgeberseite unterlaufen wurde.

In Produktivitätssteigerungen sah man damals im Zuge der wissenschaftlichen Betriebsführung quer über alle politischen Lager hinweg das Mittel, eine anhaltende Verbesserung des allgemeinen Lebensstandards zu erreichen. Bürgerliche wie sozialdemokratische und gewerkschaftliche Vertreter versprachen sich davon, die kontroversen Ansprüche der Unternehmer und ArbeiterInnen befriedigen zu können, ohne gleichzeitig die Konkurrenzfähigkeit der Schweizer Industrie zu gefährden. Als

objektiv erachtete Grössen wie „Technischer Fortschritt“ und „Produktivität“ sollten bestimmen, was der Arbeit und dem Kapital als gerechter Anteil zukomme.

In diesem Dreieck von Wirtschaftswachstum, wissenschaftlich-technischem Fortschritt und Produktivitätssteigerung wurden „die Technik“ und „der Fortschritt“ stets im vereinheitlichenden Singular gesetzt. Technischer Fortschritt galt als autonome, positiv konnotierte Grösse. Eine Vorstellung, die auch von den Gewerkschaften mitgetragen und propagiert wurde. So sprach das SGB-Arbeitsprogramm 1960 davon, dass die „materiellen Grundlagen für wirtschaftliche Sicherheit und ständigen Fortschritt ... durch die sich rasch entwickelnde Technik und die stetig zunehmenden Produktionsmöglichkeiten gegeben“ seien. Den Gewerkschaften kam hier die Aufgabe zu, für eine gerechte Umverteilung der Produktivitätsgewinne zu sorgen. Diese Politik war im Schweizerischen Gewerkschaftsbund bereits Ende der 20er Jahre mit dem Abschied vom Klassenkampfartikel und dem Übergang zum Kaufkrafttheorem eingeleitet worden. Es ist nun für das Verständnis der SMUV-Politik in den 50er und 60er Jahren wichtig, die Verbindung von Reallohnpolitik und Produktivitätssteigerung vor dem Hintergrund ihres Technikverständnisses zu sehen. Es ist die Vorstellung einer sich nach eigenen Gesetzmässigkeiten entwickelnden Technik, die auf eine in vielen Bereichen oft noch zu sperrige Gesellschaft trifft und Modernisierung und sozialen Wandel unerbittlich durchsetzt.

Die gewerkschaftliche Politik sah bis in die 80er Jahre im technischen Fortschritt die exogene und damit autonome, politisch nicht gestaltbare, unhinterfragte, zumindest aber langfristig erstrebenswerte Triebkraft der wirtschaftlichen Entwicklung. „Unerbittlich“ und „unaufhaltsam“ setzte sich, so der SMUV-Zentralsekretär Mischler in einem Aufsatz 1968, der technische Fortschritt in der Gesellschaft durch. Fortschritt bedeutete Mehrung des materiellen Wohlstands und wurde nicht mehr über sozialistische Utopien beschrieben, sondern liess sich in Konsumgütern und wachsender Freiheit ausdrücken. Systemveränderung war dabei längst aus dem Blickfeld gerückt; sie hatte ihre Dringlichkeit verloren in einer Welt, in der Wissenschaft und Technik eine Wende auf eine bessere Welt beinahe automatisch erledigten. Tatsächlich warf die technologische Entwicklung in der schweizerischen Maschinenindustrie bis weit in die 70er Jahre kaum Probleme auf, die nicht durch entsprechende verbandspolitische Intervention wieder korrigiert hätte werden können. Dabei blieb aber gleichzeitig eine gewerkschaftliche Auseinandersetzung mit der Entstehung und dem Einsatz neuer Technologien, ihren Auswirkungen auf den Produktionsprozess, ihren Folgen für Beschäftigung und Arbeitsqualifikation aus. Technischer Fortschritt war der Motor des sozialen Fortschritts.

Dieses Fortschrittsmodell fügte sich ausgezeichnet in die Sozialpartnerschaft ein, wo die Vertreter der Arbeitgeberorganisationen und der SMUV auf höchster Ebene die Modalitäten in der Maschinenindustrie festlegten. Der Preis, den man gewerkschaftlicherseits dafür zu bezahlen hatte, war, dass in Folge dieser Zentralisierung der Verhandlungskompetenzen die gewerkschaftlichen Aktivitäten in den Betrieben oft vollständig zum Erliegen kamen. In den Jahren nach 1968 wurde von der neuen Opposition links der Sozialdemokratie und der Gewerkschaftsbewegung sowohl dieser reduzierte Fortschrittsbegriff wie auch die Sozialpartnerschaft einer harten Kritik unterzogen und auf die Probe gestellt. Dennoch ist es in dieser Phase den SMUV-Spitzen zumeist gelungen, den Arbeitsfrieden zu wahren und dadurch ihrer „Ordnungsfunktion“ nachzukommen. Der zunehmende Einsatz der Mikroelektronik in der Maschinenindustrie nach 1980, der schwere strukturelle Erschütterungen in der Branche mit sich brachte, zeigte, wie fragwürdig aus gewerkschaftlicher

Perspektive eine allzu affirmative Betrachtungsweise des technischen Fortschritts war. Erfahrungen, die begleitet waren von einem oft recht schmerzvollen Prozess des Umlernens.